

(aus: VORGÄNGE Nr. 31, Februar '78)

Wolfgang Hertle

Graswurzelrevolution in der Bundesrepublik?

Ansätze einer Bewegung für gewaltfreie Gesellschaftsveränderung durch Selbstorganisation und Macht von unten

Durch Selbstorganisation und Macht von unten können auch in der Bundesrepublik gewaltfrei Gesellschaftsänderungen erreicht werden. Wolfgang Hertle zeigt dies unter dem aus dem Amerikanischen übernommenen Begriff der „Graswurzelrevolution“. A und O dieser Bewegung ist die Entwicklung gewaltfreier Strategien. Immer wichtiger dafür werden Initiativen im überschaubaren Nahbereich.

Trotz aller Warnungen vor der Ausplünderung und Vergiftung unseres Planeten und obwohl die Technologie bei sinnvollem Einsatz die Grundbedürfnisse aller Menschen befriedigen könnte, werden weiterhin Produkte mit eingebautem künstlichen Verschleißeffekt hergestellt, um Vollbeschäftigung statt menschlich befriedigender, mit der Umwelt vereinbarere Arbeit um jeden Preis wiederherzustellen.

Die durch „Rationalisierung“, Güterüberfluß usw. provozierte Arbeitslosigkeit schafft gespenstische Solidarisationen zwischen profitorientierten Industrien und kurzichtigen Gewerkschaftern zum Erhalt und Ausbau umweltzerstörender und menschenfeindlicher Produktionsweisen, verstärkt Duckmäusertum und Konkurrenz unter den Lohnabhängigen.

Mehr noch als durch die Existenzbedrohung der Betroffenen wirkt der Radikalenerlaß durch den Maulkorb-Effekt auf die vielen Eingeschüchterten. Selbsternannte „Avantgarden“ von Stadtguerillas und „law-and-order“-Politiker beschleunigen die innenpolitische Militarisation und zwingen potentiell kritische Bürger in die befriedende „Einigkeit der Demokraten“ zurück.

Die menschentötende, aber materialerhaltende Neutronenbombe ist bislang der Gipfel unserer zynischen Realität akuter oder drohender Gewaltverhältnisse, Ausdruck der etablierten Unordnung. Eine solche Liste offener bzw. struktureller Gewalt ließe sich beliebig fortsetzen. Die Bewußtseinsindustrie schafft es noch immer, diese Tatsachen aus dem Bewußtsein großer Bevölkerungsteile

fernzuhalten. Sensibilität für alle Formen auch subtiler Gewalt ist aber eine unabdingbare Voraussetzung für den Willen zur Veränderung und noch mehr für die Entscheidung zu aktiver Gewaltfreiheit.

Gewaltfreiheit und Gesellschaftssystem

Gewaltfreiheit ist, als politisches Prinzip verstanden, in allererster Linie Kampf gegen Gewalt in all ihren Formen unter bewußtem, konsequentem Verzicht auf eigene personenverletzende Gewaltanwendung. Von daher ist es selbstverständlich, daß Militarismus und Rüstungsindustrien und in den letzten Jahren auch verstärkt die Umweltzerstörung die wichtigsten Angriffsziele der gewaltfreien Bewegung zumindestens in der westlichen Welt darstellen.

Politisch bewußte Kriegsgegner mußten erkennen, daß die konzentrierte materielle Vorbereitung für einen möglichen neuen Krieg und das Training für den Völkermord in den Armeen nicht isoliert von der gesamtgesellschaftlichen Organisation betrachtet werden können, daß die Rüstungsproduktion keinen Fremdkörper, sondern nur ein besonders perverses Beispiel für eine auch sonst teilweise menschenfeindliche Produktionsweise darstellt, daß die Abrichtung junger Menschen zum Kriegsdienst Teil eines umfassenden „Erziehungsprogramms“ ist, in dem selbständiges Denken und vom Gewissen geleitetes Handeln ausgeschaltet werden und das zur „freiwilligen“ Beteiligung am Herrschafts- und Ausbeutungssystem führen soll.

So erklärt sich auch die Mitarbeit vieler Pazifisten in der Anti-Atomkraft-Bewegung. Die Atomkraftwerke liefern – neben den von ihnen selbst ausgehenden Gefahren – die Energie für den tagtäglichen Vernichtungskrieg, der längst begonnen hat und ebenso in der Vernichtung allen Lebens zu enden droht wie ein Nuklearkrieg. Ausgehend von den konzentriertesten Bedrohungen des Lebens der Menschheit, ergibt sich so die Notwendigkeit, dem gesamten Gesellschaftssystem den Kampf anzusagen, die Notwendigkeit, individuelle Gehorsamsverweigerung aus Gewissensgründen zu kollektiven politischen Aktionen und Kampagnen zusammenzufassen und wenn nötig im Zivilen Ungehorsam dort auch Gesetze zu übertreten, wo formaldemokratische Mittel wie Parlamentarismus oder Verträge von Herrschenden über die Köpfe der Völker hinweg keine andere Möglichkeit zum Widerstand mehr lassen.

Neue Synthese von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit

In der Theorie der „Graswurzelrevolution“ werden, zusammen mit der politischen Ökologie als jüngstem Element, die drei auseinandergefallenen Erbteile wieder zu einer neuen Synthese zusammengefaßt, die nach *Egbert Jahn* aus dem demokratischen Liberalismus hervorgegangen waren. Letzterer hatte, nach Jahn, die ideellen Voraussetzungen für die Entstehung des Sozialismus, Anarchismus und des Pazifismus geschaffen, indem diese als radikale Erben die drei Postulate ‚liberté‘, ‚égalité‘, ‚fraternité‘ theoretisch und politisch ausformten: „Jede der drei Nachfolgebewegungen des demokratischen Liberalismus hatte den Schwerpunkt ihrer praktischen Bestrebungen und demzufolge ihrer theoretischen Anstrengungen und politischen Zielsetzungen auf eines der drei Freiheitspostulate der bürgerlichen Revolution gelegt. Der Sozialismus als Radikalisierung (im Sinne einer umfassenden Erforschung und Infragestellung der Wurzeln der Gewaltverhältnisse) des ‚égalité‘-Postulats sah das zentrale Ziel in der Befreiung von Ausbeutung, vom stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse, von der Aneignung fremder Mehrarbeit. Der Anarchismus als Radikalisierung des ‚liberté‘-Postulats kämpfte für die Befreiung von organisierter Zwangsgewalt, von staatlicher Unterdrückung. Der Pazifismus als Radikalisierung des ‚fraternité‘-Postulats sah seine Mission in der Befreiung vom vernichtenden Zwang des Krieges und der militärischen Gewalt“.

Jahn betont, daß die Auseinanderentwicklung dieser drei Strömungen auf dem linken Flügel der radikaldemokratischen liberalen Bewegung nicht im Sinne einer klaren Arbeitsteilung zwischen ökonomischer Problematik (Sozialismus), politischer Problematik (Anarchismus) und militärischer Problematik (Pazifismus) geschah und auch nicht aus unterschiedlichen Fernzielen, sondern in der unterschiedlichen Einschätzung der Hauptursachen für das bestehende System der Unfreiheit begründet lag. Die politische Gewaltfreiheit vermag durch mindestens zwei ihrer Hauptforderungen zu einer Neuzusammenführung dieser drei Gewalt bekämpfenden, aber für sich allein unzulänglichen Bewegungen beizutragen, um sie auf eine höhere Qualitätsebene zu heben.

Einheit von Ziel und Mittel

Die erste Forderung ist die Einheit von Ziel und Mittel, die in einem Verhältnis zueinander stehen müssen, wie ein Baum zu seinem Samen. „Aus einer Kastanie kann kein Apfelbaum und aus einem bösen Mittel kein guter Zweck erwachsen. Der Zweck heiligt also die Mittel nicht. Man kann die Gewalt nicht durch Gewalt, den Krieg nicht durch Krieg und die Ungerechtigkeit nicht durch Ungerechtigkeit abschaffen. In der Aktionsmethode ist demnach das Ziel bereits enthalten und im Ziel die Aktionsmethode. Es bedarf nur der schöpferischen Phantasie, um sie herauszufinden“.

Die geschichtliche Entwicklung hat in diesem Sinne der Kritik *Bakunins* an *Marx* recht gegeben. Der Staat stirbt wie jede andere Form von Herrschaft nicht von selbst ab, die Machtergreifung durch revolutionäre Minderheiten führt nicht durch nachträgliche Bewußtseinsrevolution zu wahrer Volksherrschaft. Nur konsequentes Festhalten an den Erkenntnissen aus der Staats- und Organisationskritik sowie die Entwicklung von neuen, dem Ziel entsprechenden Wegen zur gesamtgesellschaftlichen Umwälzung sowie Organisationsformen für die neue Gesellschaft garantieren, daß sich die Anstrengung der Revolution auch wirklich lohnt.

Allein von den Ergebnissen her gesehen vermag der parlamentarische Weg ebensowenig wie bewaffnete Revolution oder autoritäre Kaderparteien die Befreiung vom Kapitalismus hin zu einer gewaltfreien, herrschaftslosen Gesellschaft zu eröffnen. Auch hier entsprechen die Mittel nicht den Zielen, da „Reformen, von denen oft gesagt wird,

daß sie reibungsloser und schmerzloser zum gleichen Ergebnis führen könnten (wie die revolutionäre Veränderung) an Grenzen stoßen. Das kapitalistische Produktionsverhältnis und der bürgerliche Staat lassen sich nicht einfach systemsparend reformieren. Wenn Reformen zu weit gehen, würden sie mit Maßnahmen wie Investitionsstreik..., Kapitalflucht, Massenentlassungen und militärischen Aktionen beantwortet. Das stellt die Reformen vor die Wahl: den Weg und die Möglichkeiten akzeptieren, die die bestehenden Institutionen bieten und damit ihre Reformvorhaben aufgeben – oder den revolutionären Weg gehen³“.

Die umfassende gesellschaftliche Umwälzung, die politische, ökonomische, kulturelle, vor allem aber soziale Revolution kann nicht als einmaliger Akt in einem putschistischem Sinne verstanden werden, sondern nur als ein Lern- und Umwandlungsprozeß, der grundsätzlicher als Reformen von den Betroffenen auf allen gesellschaftlichen Ebenen von unten nach oben organisiert wird. Wesentlich für den Widerstand gegen Gewalt und Unterdrückung wie für die Schaffung von Alternativen ist die Schaffung von Organisationsmodellen mit größtmöglicher Entscheidungsbeteiligung und Kontrolle; Hierarchien werden dabei durch Koordinations- und Delegationsmodelle ersetzt, bei denen Delegierte jederzeit zur Rechenschaft gezogen werden können.

Insbesondere die direkte Aktion ist geeignet, bestehende Unrechtssituationen zu dramatisieren, das selbsttätige Handeln Unterdrückter und Geschädigter dort zu ermöglichen, wo die bestehenden Gesetze und „Volksvertretungs“einrichtungen Grenzen zum Erhalt des Bestehenden setzen.

Notwendig: Konstruktive Alternativen

Die zweite Forderung ist das Bemühen, möglichst jeder Kritik eine konstruktive Alternative entgegensetzen. Auch wenn dies nicht immer möglich sein wird, besonders bei rein destruktiven Gegebenheiten wie Militär und Rüstung, erleichtert das Aufzeigen von alternativen Möglichkeiten es den Betroffenen (zB um ihren Arbeitsplatz fürchtende Rüstungsarbeiter), sich radikal aus ihrer bisherigen Umgebung, bzw ihrem Verhalten zu lösen, es ermöglicht sogar den Profiteuren der jetzigen Gesellschaft, einen sinnvollen Platz in der neuen Gesellschaft zu erkennen (allerdings ohne ihre bisherigen Privilegien), so daß es auch ihnen

erleichtert wird, aus ihrer bisherigen Rolle zu entkommen und diese nicht mit aller Gewalt verteidigen zu müssen.

Alternative Einrichtungen in Selbstorganisation auch innerhalb des noch bestehenden Systems, wie Lebensmittelkooperativen, Produktionsgenossenschaften, Freie Schulen, Freie Kliniken, Einrichtungen politischer Bildung und Ausbildung zu gewaltfreier Konfliktaustragung, holen Ansätze der gesamtgesellschaftlich Anzustrebenden in die heutige Wirklichkeit, veranschaulichen eine neue positive Wertordnung und vermögen von einem gewissen Stadium an als Beispiele gegenseitiger Hilfe und praktischer Solidarität die revolutionäre Bewegung innerlich zu stärken und auch als Anschauungsmaterial nach außen zu wirken.

Ideelle Verwandtschaft von Gewaltfreiheit und libertärem Sozialismus

Beide Prinzipien (Einheit von Ziel und Mittel, anzustrebende Antizipation von Teilen der neuen Gesellschaft im hier und heute) deuten auf die ideelle Verwandtschaft von Gewaltfreiheit und libertärem Sozialismus hin⁴. Es läßt sich nicht leugnen, daß es partiell in der anarchistischen Bewegung gewalttätige und sogar terroristische Tendenzen gab. Diese sind aber ebensovienig mit den Zielen vereinbar und vergleichsweise genauso typisch für den Anarchismus wie die Inquisition für die ursprüngliche Intention des Christentums⁵. Die bundesdeutschen „Graswurzelrevolutionäre“ von denen hier nun die Rede sein soll, erkannten sich im Rückblick am ehesten in jenen anarchistisch-kommunistischen, libertär-pazifistischen gewaltlos-sozialistischen Strömungen wieder, für die Namen wie *Gustav Landauer*, *Rudolf Rocker*, *Fritz Oerter*, *Pierre Ramus* (um im deutschen Sprachraum zu bleiben) stehen.

Damit wollen sie sich nicht mit fremden Federn schmücken, indem sie eine lückenlose Tradition oder ein ererbtes Theoriefundament behaupten. Genauso wie *Gandhi*, *Tolstoi* oder *Martin Luther King* geben ihnen diese Denker und Kämpfer Anstöße, eine den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen angemessene Analyse, eine Vision der neuen Gesellschaft und eine Strategie dorthin zu erarbeiten. Ohne wesentliche Eigenleistung wird keine dieser Aufgaben zu relevanten Ergebnissen gelangen können.

Anfänge der Graswurzelbewegung

Den Gründern der neuen gewaltfrei-libertär-sozialistischen Bewegung war Ende der 60er Jahre in der Außerparlamentarischen Opposition insbesondere durch den Vergleich mit ausländischen Bewegungen („Komitee der 100“⁶, der amerikanischen Bürgerrechts- und Anti-Vietnamkriegsbewegung), aber auch bei der Beschäftigung mit der Tradition der revolutionären Antimilitaristen, der Rätebewegung und im Kontakt mit ausländischen Sektionen der War Resisters' International, stark aufgefallen, daß gewaltfreie Strategien selbst bei den Gruppierungen weitgehend fehlten, die am ehesten dafür prädestiniert gewesen wären. Die Studentenbewegung hatte gewisse nichtpersonenverletzende Aktionsformen wie etwa Demonstrationen, sit-ins usw. übernommen, sie aber nicht in eine bewußt gewaltablehnende Strategie eingebaut, die nach *Martin Luther King* eine Synthese zwischen Passivität und Gegengewalt darstellt: „Wie in der Synthese der *Hegelschen* Philosophie muß es das Prinzip des gewaltfreien Widerstandes sein, die Gegensätze – Ergebung und Gewalt – in Einklang zu bringen, indem er das Extreme und Unmoralische, das beiden anhaftet, vermeidet. Der Anhänger des gewaltfreien Widerstandes ist mit dem, der sich in sein Schicksal ergibt, einer Meinung, daß man nicht tötlich gegen seinen Gegner vorgehen soll. Andererseits ist er aber auch mit dem, der für Gewalt ist, einig, daß man dem Bösen Widerstand leisten muß. Er vermeidet die Widerstandslosigkeit des Ersteren und den gewaltsamen Widerstand des Letzteren“⁸.

Doch auch den pazifistischen Organisationen fehlte der phantasievolle Schwung und die Festlegung auf positiv-gewaltfreie Prinzipien. Der Wirkung zB der Arbeiten *Theodor Eberts* stand eine „Volksfront“ eher unpolitischer Pazifisten und solcher „Friedensfreunde“ entgegen, die ihre Ideen lieber vom *Weltfriedensrat* bezogen. Selbst bei den Gruppierungen, die ein gewaltfreies Selbstverständnis erarbeiteten, fehlte die überzeugende Praxis und kohärente politische Theorie.

Das Beispiel ČSSR 1968

Spätestens der Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten in die CSSR im August 1968 löste einen Klärungsprozeß innerhalb der Friedensbewegung aus, da die Fortsetzung der kompromißbehafteten „Einheit aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte“ nicht mehr aufrechtzuerhalten war.

Die spontan entwickelte phantasievoll-gewaltlose Widerstandsbewegung zur Verteidigung der Erregungenschaften des „Prager Frühlings“⁹ nutzte die bundesdeutsche Linke ebenfalls nicht in relevantem Maße als Anschauungsmaterial dafür, welch großes Potential an Widerstandsformen noch immer ungenutzt brachliegt. *Theodor Ebert* wies unmittelbar nach dem 21. August 1968 in der *Zeit* und im *Spiegel* nach, daß diese in der CSSR ein weiteres Mal spontan entwickelten und für jedermann durchführbaren Widerstandsmethoden eine wirksame Alternative zu militärischer Verteidigung darstellen können, wenn sie systematisch ausgearbeitet und eingeübt werden. An die Stelle von Kasernenhofdrill und militärischem Gehorsam müssen allerdings Freiwilligkeit und starke Identifikation mit dem zu Verteidigenden treten. Daher liegen die Trainingsfelder zur Verteidigung einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft bereits im Angriff auf die alte Gesellschaft durch die Selbstmobilisierung der Basis zur Schaffung verteidigungswerter Strukturen. Eine dezentralisierte Volksbewegung, die sich selbst befreit und eine gerechte Ordnung aufgebaut hat, vermag es auch, sich gegen Aggressoren von außen oder reaktionäre Kräfte im Inneren zur Wehr zu setzen. Insbesondere deshalb, weil die Kampfmethoden und die Organisationsformen der gewaltfreien Revolution und der Sozialen Verteidigung wesensverwandt sind.

Der Hauptgrund für den vergleichsweise (vgl. die Relationen von gewaltfreier Praxis und wissenschaftlicher Aufarbeitung zB in den romanischen Ländern) geringen praktisch-politischen Niederschlag der umfangreichen wissenschaftlichen und publizistischen Arbeit der „*Ebert-Schule*“ scheint mir das Fehlen gewaltfreier Organisationen sein, die es vermochten, in der Praxis die Realisierbarkeit und Effektivität gewaltfreier Methoden zu demonstrieren und zu einer gegenseitigen Befruchtung von Theorie und Praxis zu gelangen.

Die „Gewaltfreie Aktion Augsburg“

Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre hatte es drei autonome Gewaltfreie Gruppen gegeben, in denen Ansatzmöglichkeiten zu einer größeren Bewegung steckten, den Hamburger „Aktionskreis für Gewaltlosigkeit“, die Stuttgarter „Gewaltfreie Zivilarmee“ (mit *Theodor Ebert*, *Wolfgang Sternstein* ua) und den Hannoveraner Kreis „Direkte Aktion“ (ua *Wolfgang Zucht*). Diese Vorgänger waren der „Gewaltfreien Aktion Augsburg“ nicht

bekannt, als sie von 1969 an nach Gleichgesinnten und Organisierungsmöglichkeiten suchte¹⁰.

Sie entschied sich, zunächst außerhalb der bestehenden Verbände zu arbeiten, da so am ehesten die Chance bestand, ein originäres Programm zu entwickeln und dabei gleichzeitig weiter nach ähnlich denkenden Gruppen zu suchen. Der Kontakt zu gewaltfreien Gruppen in Frankreich und der Schweiz und die Impulse aus der Lektüre von Zeitschriften wie ‚WIN‘ (New York), ‚Peace News‘ (London) oder ‚Anarchisme et Non-Violence‘ (Paris) waren Ansporn und zeigten, daß man Teil einer weltweiten Bewegung war.

Aktionen wie die Kampagne „Kritischer Konsum“, die von der seit 1969 von Ebert im Zusammenhang mit dem *Versöhnungsbund* herausgegebenen Zeitschrift „Gewaltfreie Aktion“ über West-Berlin hinaus in die gesamte BRD getragen wurde, hatten auch den Nebeneffekt, aufzuzeigen, daß ein gewisses Potential an Gruppen und Einzelpersonen vorhanden war, mit denen man zumindestens punktuell zusammenarbeiten konnte. Es fehlte jedoch an kontinuierlicher Koordination und praxisorientiertem Informationsaustausch.

Die Zeitschrift „graswurzelrevolution“

Die „Gewaltfreie Aktion Augsburg“ beschloß daher, um hier ein wenig Abhilfe zu schaffen, 1971 eine Zeitschrift herauszugeben, die sich zum Ziel setzte:

- a Den Zusammenhang zwischen den beiden konsequentesten Kampfarten gegen Herrschaft und Gewalt aufzuzeigen, nämlich der Gewaltfreiheit und dem libertären Sozialismus, und dazu beizutragen, daß die pazifistische Bewegung konsequent sozialistisch würde und die linkssozialistische Bewegung die Gewaltfreiheit als Prinzip übernehme;
- b durch die Berichterstattung über die Aktions- und Organisationsformen aus dem Ausland (besonders der Sektionen der beiden Internationalen *WRI* und *IFOR*) sowie aus der Vergangenheit die Effektivität gewaltfreier Methoden zu illustrieren und so die Phantasie für die Praxis in Deutschland anzuregen;
- c die verstreuten Sympathisanten (zunächst primär Kriegsdienstverweigerer) anzusprechen, sie untereinander in Kontakt zu bringen und sie entweder in ihrer Bewußtseinsarbeit innerhalb von Verbänden oder aber bei der Gründung autonomer Gruppen zu unterstützen. Wenn immer

möglich, sollten direkte Aktionen und Kampagnen verstärkt, oder sogar von der Zeitung aus initiiert werden.

Als Titel wurde „graswurzelrevolution“ gewählt, ein im Angelsächsischen gebräuchlicher Ausdruck für den weiter oben skizzierten revolutionären Prozeß, in dem in allen Lebensbereichen Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung durch direkte Aktion, Selbstorganisation und Schaffung von Alternativen von der Wurzel her beseitigt werden sollen.

Die Nullnummer erschien im Juli 1972 ohne jeglichen organisatorischen oder finanziellen Rückhalt (im Januar 1978 erschien Nr. 33), nicht einmal eine Kartei von potentiellen Abonnenten existierte. Die Werbung erfolgte fast nur von Mund zu Mund, ja 2/3 der Auflage wird heute noch von Wiederverkäufern, dh meist arbeitenden Gruppen oder aktiven Einzelnen verkauft, eine nicht zu unterschätzende Gelegenheit zum aufklärenden, werbenden Gespräch, zum „Nachfassen“ für den Käufer, der der Zeitschrift und oft auch den dahinterstehenden Idee begeistert.

zum ersten Mal

Solidarität mit inhaftierten spanischen Kriegsdienstgegnern

Gleichzeitig mit dem Start der Zeitung rief die „Gewaltfreie Aktion Augsburg“ zu einer Solidaritätskampagne mit den inhaftierten spanischen Kriegsdienstverweigerern auf. Zunächst reagierte kaum jemand – kein Wunder, denn wer in der Bundesrepublik kannte damals diese Gruppe? Seit einiger Zeit hatten französische, belgische, holländische und amerikanische Pazifisten in spanischen Städten mit „Sandwich“-Plakaten gegen die skandalöse Behandlung dieser Gewissenstäter protestiert. Die Augsburger hatten als einzige deutsche Gruppe an einer internationalen, von der amerikanischen Sängerin *Joan Baez* durch Konzerte finanzierten Demonstration in Rom teilgenommen. Ein Mitglied der Augsburger Gruppe beschloß nun, diese Demonstrationsreihe zu eskalieren, indem er sich im September 1972 in Barcelona auf dem Dach einer Telefonzelle festkettete und mit Plakaten auf sein Anliegen aufmerksam machte. Erst nach einer halben Stunde gelang es der Guardia Civil, ihn abzuführen, eine große Menschenmenge hatte den Vorfall in der belebtesten Straße der katalonischen Hauptstadt miterlebt, das Echo drang breit in die spanische Presse und auch in den Rundfunk. Diese Aktion und die Bemühungen, den Augsburger vor der drohenden

Haftstrafe von 12 Jahren zu bewahren, löste dann die ursprünglich geplante Solidaritätskampagne mit den spanischen Pazifisten und politischen Gefangenen aus. Im Dezember 1972 beeilten sich die spanischen Behörden, den Augsburger loszuwerden, zu laut waren die inzwischen aus aller Welt eintreffenden Proteste geworden.

Im Laufe dieser Kampagne begegnete sich erstmals ein Stamm von Mitarbeitern aus der gesamten Bundesrepublik, Lesertreffen vergrößerten diesen Kreis, und als die „Graswurzler“ 1973 die internationale Greenpeace-Kampagne gegen die französischen Atomtests aufgriffen¹², konnte von vornherein mit einer breiteren Beteiligung gerechnet werden als bei der Spanienaktion. Die Erfahrungen überregionaler, ja internationaler Zusammenarbeit bewiesen, daß bei aktuellen Anlässen, verstärkt durch öffentlichkeitswirksame und dramatisierende Aktionen, Kampagnen auch ohne Verbandszentralen gestartet werden können. Voraussetzung dafür waren allerdings ein Informationsfluß auf horizontaler Ebene und die Initiative durch einzelne Gruppen aus der Verantwortung für Themen, die über die lokalen Anliegen hinausgehen.

Engagement im überschaubaren Nahbereich

Eine Bewegung lebt aber nicht von einer losen Folge von Kampagnen zu wechselnden Themen. Bei den sich zur Regel entwickelnden bundesweiten Treffen der „Gewaltfreien Aktionsgruppen“ – in immer mehr Orten entwickelten sich solche Initiativen – setzte sich immer stärker das Engagement im überschaubaren Nahbereich durch, das der Graswurzelidee direkter entspricht und eigentlich erst die tragende Basis für Solidarisierung mit Kämpfen auf internationaler Ebene darstellt. Dadurch differenzierten sich natürlich die Arbeitsfelder mit unterschiedlichen Schwerpunkten für die einzelnen Gruppen. Dennoch ergaben sich weiterhin bundesweite Beteiligungen an internationalen Kampagnen, wie zB der Ouspans-Boycott-Aktion gegen die südafrikanische Apartheidspolitik, die Unterstützung der US'Landarbeitergewerkschaft *UFW (Cesar Chavez)*, Aufklärung für britische Soldaten vor ihrem Einsatz in Nordirland über Desertionsmöglichkeiten oder die Menschenrechtskampagne in Solidarität mit der gewaltfreien Bewegung in Lateinamerika¹³.

Darüber hinaus bildeten sich überregionale Projektgruppen heraus, wie die Trainingskollektive zur Einführung in gewaltfreie Aktion, Schulkritikgruppen, Frauen in der gewaltfreien Bewegung,

Zwangsdienstgegner (Ablehnung von Kriegs- und [Zwangs-]Zivildienst) oder seit kurzem die Stromzahlungsboykottgruppen gegen das Atomenergieprogramm.

Der ursprünglich gemeinsame Hauptbeschäftigungspunkt Kriegsdienstverweigerung trat allmählich zugunsten der politischen Ökologie zurück. Das Sommerlager 1974 am Kaiserstuhl hatte die Graswurzler in Kontakt mit den badisch-elsässischen Bürgerinitiativen gebracht und die „Gewaltfreie Aktion Freiburg“ spielt nach wie vor eine wichtige Rolle im Kampf gegen die Atomkraftwerke Wyhl und Fessenheim. Andere Gruppen bemühen sich in Brokdorf, Grohnde, Uentrop oder Gorleben, den Widerstand durch gewaltfreie Mittel zu stärken.

Die Fülle der Informations- und Koordinationsaufgaben machte schon im Frühjahr 1973 neben der Graswurzel-Zeitung ein interneres und flexibleres Organ nötig, den „Informationsdienst für gewaltfreie Organisatoren“, der mehr und mehr auch von gewaltfreien Gruppen ohne spezifisch libertäres Selbstverständnis genutzt wird. Darüber hinaus richteten die GAGs (Gewaltfreie Aktionsgruppen) ab Ostern 1974 in Kassel eine „Graswurzel-Werkstatt“ ein, in der zwei halbtags bezahlte „Arbeiter“ das „Info“ herausgeben, wichtige Koordinationsaufgaben bewältigen und seit einiger Zeit einen expandierenden Versandbuchhandel betreiben. Das Literaturangebot zu gewaltfreier Aktion, Antimilitarismus, Ökologie, Alternativen usw wird einerseits zur Bestückung von Büchertischen der Gruppen benutzt, andererseits trifft es auf das Bedürfnis der auffällig oft aus kleineren Orten stammenden Einzelkämpfer.

Überregionale Organisation und internationale Perspektive

Die überregionale Organisationsfrage der Gewaltfreien Aktionsgruppen ist noch nicht ausreichend gelöst. Erstaunlicherweise hatte die Bewegung in der Anfangsphase mehr Energie für überregionale Aufgaben. Nun, da die örtlichen Gruppen stärker werden und damit zusammenhängend die lokale Arbeit mehr und mehr Zeit und Kraft beansprucht, wird es schwieriger, effektive Koordination und radikal-demokratische Willensbildung miteinander zu verbinden. Eine Zeit lang funktionierte ein Delegiertenrat, bis er zugunsten eines losen Netzwerksystems, eines Werkstatt-Beirats und des Herausgeberrats für die Graswurzel-Zeitung bis auf weiteres aufgegeben wurde. Doch die prinzi-

piengetreue Bewältigung der Selbstorganisation auf höheren Ebenen bleibt eine Aufgabe und vielleicht sogar der Prüfstein für politische Relevanz schlechthin.

Denkanstöße könnten die Organisationsformen des französischen ‚Mouvement pour une Alternative Non-Violente‘¹⁴, der amerikanischen ‚Movement for A New Society‘¹⁵, eventuell auch des italienischen ‚Partito Radicale‘ sein.

Das Studium der wichtigsten und wirksamsten gewaltfreien Volksbewegungen – sei es der indische Befreiungskampf, die Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen in den USA, die UFW-Farmarbeiter¹⁶ oder der Widerstand gegen den Truppenübungsplatz Larzac¹⁷ – zeigt, daß zumindest zwei Bedingungen zusammentreffen müssen: die direkte, anfangs natürlich überwiegend materielle Betroffenheit und das selbständige Handeln der Betroffenen, aber auch (wichtiger als „charismatische Persönlichkeiten“) in gewaltfreier Konflikt-austragung ausgebildeter Gemeinschaften, die in der Lage sind, vor Ort einzugreifen, und darüberhinaus im ganzen Land über unterstützende Aktionsbasen verfügen. Immer wieder stößt man auf Menschen, die schon lange nach dieser politischen Alternative gesucht haben.

Eine der entscheidenden Bedingungen für den Durchbruch zu stärkerer politischer Wirkung wird meines Erachtens die Fähigkeit der Bewegung sein, von der noch immer spürbaren Prägung durch Jugendliche und Studenten zu Formen zu finden, die auch Berufstätigen in ihrem Alltag Ansatzpunkte vermitteln.

Das Denken in Utopien, das Experimentieren von Alternativen im Bereich vor oder außerhalb des Berufes kann nur dann fruchtbar in die Realität der Mehrheit der Bevölkerung hineinwirken, wenn es Synthesen mit dem Widerstand im Berufsleben eingeht und die Alltagserfahrungen von Eltern, Rentnern usw. miteinbezieht. Die LIP-Arbeiter, die US-Farmarbeiter oder die Larzac-Bauern erleben die Gewaltfreiheit als einen bestimmenden Faktor in ihrem beruflichen und privaten Alltag. Von dort aus eröffnet sich ihnen die Relevanz der gewaltfreien Aktion in anderen politischen und sozialen Zusammenhängen. Soll die Kluft zwischen ungebrochener Utopie im vopolitischen Freiraum und dem resignierenden „Realismus“ im Berufsalltag zu einer spürbaren Veränderung bewirkenden Theorie und Praxis führen, dann bedarf es bewußter Anstrengung zur Zusammenarbeit und zum gegenseitigen Verständnis sowohl von Seiten der „Jungen“, wie auch von Seiten der zwar noch sympathisierenden, aber isolierten Berufstätigen.

Dann können auch *Heinz Brandts* optimistische Worte immer wirksamere Wirklichkeit werden: „Die Basis wird aktiv, handlungsfähig, organisiert sich als Gruppe; erste Ranken sprossen in Richtung Netzwerk; Regelkreis: ein überlegenes Organisationsmodell im zarten status nascendi... Im Schoße der spätkapitalistischen wie der spät-nomenklaturistischen Produktionsweise hat die neue Revolution begonnen, die authentisch sozialistische, die Graswurzelrevolution der Non-Profit-, der Non-Privileg-Solidaraktion“¹⁸.

- 1 Egbert Jahn: „Gewaltfreiheit – eine Chance?“ in: graswurzelrevolution Nr 27/28, Anfang 1977, Göttingen.
- 2 Aktionskatalog des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz eV, S 5, Karlsruhe 1977.
- 3 Sonderblatt: „Was heißt Graswurzelrevolution?“ (über Redaktion GWR c/o Wolfgang Hertle, Großer Schippsee 28, 21 Hamburg 90, Tel: 040/77 79 57).
- 4 Sonderblatt „Anarchismus-Information“ Nr 1, 2 und besonders 3: „Anarchosyndikalismus und Gewaltlosigkeit“ in: graswurzelrevolution Nr 32, Oktober 1977, Hamburg.
- 5 siehe Christa Dericum: Absage an die Gewalt – Die Idee des Anarchismus, in: Unter dem Pflaster liegt der Strand, Nr 1, Berlin 1974.
- 6 Theodor Ebert: Gewaltfreier Aufstand – Alternative zum Bürgerkrieg, S 247ff, Freiburg 1968.
- 7 Theodor Ebert: Gewaltfreier Aufstand ... Taschenbuchausgabe, Frankfurt 1970, S 29–30.
- 8 M. L. King: Stride towards Freedom, The Montgomery Story, London 1959, S 203.
- 9 siehe Vladimir Horsky: Prag 1968 – Systemveränderung und Systemverteidigung, Stuttgart 1976.
- 10 Darstellungen dieser drei Ansätze und eventuell weiterer stehen noch aus, sie wären von ähnlichem Interesse wie die Beiträge von Jochheim, Buro, Benedict und Grünewald in: Friedensanalysen Nr 4, Frankfurt 1977. Andeutungen über den Hamburger und Stuttgarter Kreis fand der Autor nur in: Texte zur Gewaltfreiheit Nr 3, Eckehard Schmidt: Gewaltfreie Basisaktivitäten, PPK Lübeck, oJ, und ausführender über die Hannoveraner in: Günter Bartsch: Schulen und Praxis des Anarchismus, Troisdorf 1974, S 85–109.
- 11 siehe Aktionsberichte in Gewaltfreie Aktion Nr 13/14, 1972, S 34ff und Nr 15, 1973, S 41ff.
- 12 siehe: Wolfgang Hertle: Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv! – Die internationale Kampagne gegen die französischen Atombombenversuche, Gewaltfreie Aktion Heft 17/18, 1973, S 12ff.
- 13 siehe Informationsdienst „Servicio“ c/o AK Gewaltfreie Aktion und Solidarität, Höhenweg 43, 775 Konstanz.
- 14 Mouvement pour une Alternative Non-Violente: Pour le socialisme autogestionnaire: Une non-violence politique, Montargis, 1976. Die MAN beteiligte sich zusammen mit der linkssozialistischen PSU und etlichen Ökologiegruppen an den Parlamentswahlen im März 1978 über eine Liste „Front Autogestionnaire“.
- 15 Georges Lakey: Strategy For A Living Revolution. New York 1973. Coover/Deacon/Esser/Moore: Resource Manual For A Living Revolution, Philadelphia 1977.
- 16 (ASF-Kollektiv): Wir kämpfen um unser Leben, Berlin 1977.
- 17 Wolfgang Hertle: Der gewaltfreie Widerstand gegen den Truppenübungsplatz Larzac. Fotokopierte Diplomarbeit 1976, erhältlich beim Verfasser.
- 18 Heinz Brandt: Ein Traum, der nicht entführbar ist, Berlin 1977, S III.